



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/7/42

18. Februar 1950

Das Land, aus dem Hedler kommt

Dr. F. Kiel, im Februar

Es gibt eine nette Geschichte über die Langsamkeit des Lebens in Schleswig-Holstein. Ein Rundfunksender habe die Preisfrage ge-

stellt: Was würden Sie tun, wenn durch das Radio bekanntgegeben würde, dass morgen die Welt untergeht? Den Preis habe folgende

Antwort bekommen: Ich würde nach Schleswig-Holstein gehen, weil dort alle Dinge 25 Jahre später passieren. - Aber es ist ganz an-

ders. Die Katastrophen in der sozialen und politischen Welt Deutschlands beginnen in Wahrheit in Schleswig-Holstein. Der National-

sozialismus hat in Schleswig-Holstein sein erstes grosses Einfallstor gefunden und auch heute sind die Wirren und gärenden

Kräfte der deutschen Politik in Schleswig-Holstein zum ersten Mal an die Oberfläche gedrungen. Hier bekamen die Deutschen zuerst

zu sehen, was in Deutschland in der Tiefe vor sich geht.

Der Hedler-Prozess war eine grelle Stichflamme, die aus vulkanischen Unterschichten des deutschen Lebens emporschoss. Die

Bedeutung des Mannes liegt in seiner Bedeutungslosigkeit. Ausdruckslos ist das Gesicht (die "Fassade des Nichts", wie es Picard

von dem Gesicht Hitlers sagte), verwaschen die Rede, quallenhaft seine Rechtfertigung vor Gericht. Aber gerade solch eine Figur

verkörpert die Schichten, die ihm folgen. Es sind dies die Gruppen, die von der Entwicklung zermahlen wurden, ohne Gesicht und

Gestalt, Menschen ohne soziale Bindungen, aus der Erde herausgerissen, Entwurzelte, all die Leute mit einem "Bruch" im Leben,

daneben die ewigen Kleinbürger, die ewigen Rekrutenseelen und, wie überall in solchen Bewegungen, eingestreut die unverstande-

nen und erlebnishungrigen Frauen: insgesamt der ganze unbestimmte und ungreifbare Bodensatz, aus dem der Nationalsozialismus einst

emporwuchs.

Das Gericht von Neumünster hat nun für Hedler das getan, was einstmals ein Gericht in Ulm für Hitler tat: ihm die Harmlosig-

keit und die Gesetzestreue zu bescheinigen. Die "Rehabilitierung" von Hedler ist auch in der Politik geschehen. Kurzsichtige Parteipolitik hat die Hedlermeute in der deutschen Parlamentspolitik heffähig gemacht. Zwar rückte die CDU von Schleswig-Holstein, besonders nach dem Urteil, von Hedler ab. Aber sie will sich mit der DP für die Landtagswahlen verbünden. Die DP von Schleswig-Holstein ist aber von Hedler nicht zu trennen. Denn dazu ist die ganze DP in Schleswig-Holstein viel zu sehr in Gärung und Bewegung. Schon die jäh einherrauschenden Wahlerfolge und ihr plötzliches Emporschiessen bewiesen, wie sehr sie mit den dunklen und unberechenbaren emotionalen Kräften in Deutschland verbündet ist. Mit einer solchen unterirdischen Bewegung verbündet sich jetzt die CDU und reisst ihr das Tor in die deutsche Politik auf. Der Wahlblock, den der Führer der CDU, Carl Schroeter, ein alter Deutschnationaler, gegen die Landesregierung zusammenbringen will, riecht aus allen Poren nach der "Harzburger Front", jenem verhängnisvollen Bündnis der konservativen Rechten mit dem Nationalsozialismus. Die "bürgerliche" Rechte spielt schon wieder Portier.

Schleswig-Holstein ist ein politischer Krisenherd, weil es ein sozialer Krisenherd ist. Es ist das ärmste Land der Bundesrepublik mit den höchsten sozialen Lasten und Verpflichtungen. Die Arbeitslosigkeit, dreimal so gross wie im übrigen Bundesgebiet, hat dasselbe Ausmass erreicht wie 1931/32 und ist im Begriff, dieselben Zersetzungerscheinungen hervorzurufen wie damals. Die Erfahrungen von Schleswig-Holstein zeigen, dass die Arbeitslosigkeit sehr wohl wieder zum Gift werden kann, an dem die Demokratie stirbt.

In Schleswig-Holstein bildet sich ein Flüchtlingsghetto, erfüllt von Heimweh und Verbitterung, das ausserhalb der Gemeinschaft steht und allen Lockungen der revolutionären, politischen Verantwortunglosigkeit ausgesetzt ist. Die Tatsachen in diesem Land machen mit erschreckender Deutlichkeit klar, dass ohne tief eingreifende Massnahmen der Bundespolitik die Flüchtlinge zur politischen Reservearmee des Rechts- oder Linksradikalismus werden müssen.

Dieses sozial und wirtschaftlich kranke Land Schleswig-Holstein ist nun dazu noch deutsches Grenzland. Neben die soziale Unruhe tritt daher noch die nationale Unruhe. ^{Die} Kinderheitenerklärung der Landesregierung hat zwar den "Grenzkampf" entgiftet, aber das Nebeneinander zweier Volksgruppen, die sich nicht klar voneinander abheben und sich weitgehend überschneiden, bringt auch zusätzliche

Reibungen, die den unterirdischen Erregungszustand des Landes verstärken. Schleswig-Holstein wird aus seiner sozialen und nationalen Unruhe solange nicht herauskommen, wie an der deutsch-dänischen Grenze ein soziales und kulturelles Gefälle zugunsten Dänemarks besteht. In jeder Hinsicht erweist sich also, dass Schleswig-Holstein ein Unruheherd bleiben muss, solange sein wirtschaftliches Daseinsproblem nicht gelöst wird. Die gesamtdeutsche Demokratie gräbt sich ihr eigenes Grab, wenn sie nicht rasch und ausreichend dem Land Schleswig-Holstein Hilfe bringt. Echte Hilfe aber ist nur eine wirtschaftliche und soziale Politik des Bundes, die den grossen Lebensfragen Schleswig-Holsteins und Deutschlands zugleich gerecht wird.

- 0 - a -

250. Tagungen und kein Vertrag

F. Wien, im Februar

Mit gegenseitigen Vorwürfen, schuld an der neuen Verzögerung zu sein, haben sich die Stellvertreter der Aussenminister in London auf der 250. Sitzung in der Frage des österreichischen Staatsvertrages getrennt. Damit sind alle Hoffnungen Österreichs, die Räumung des Landes von Besatzungstruppen herbeizuführen, wieder auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Es lässt sich nun nicht mehr länger verheimlichen, dass weder der Osten, noch der Westen zum Abschluss des Staatsvertrages bereit ist: dieser, indem er zur Verzögerung übermässige Ansprüche stellt, jener, weil im gegenwärtigen Zeitpunkt Konzessionen an Österreich nur den Russen zugute kämen.

Alle bisherigen und bekannten Zugeständnisse an die Russen (Ölquellen, faktische Beherrschung der Donau, Ablöse von 150 Millionen Dollar für "das deutsche Eigentum") erfolgten ohne das "Ja" Österreichs. Die Regierung wurde zu den Beratungen nicht beigezogen. Es wird allerdings bereits die Frage aufgeworfen, ob die Verpflichtungen des Staatsvertrages für das verarmte Land nicht schon zu gross seien. Dass die Russen sich trotzdem mit dem Erreichten keineswegs begnügen, scheint nicht zuletzt mit der Lage der an Österreich grenzenden Satellitenstaaten zusammenzuhängen. Offenbar hat die Sowjetunion ein besonderes Interesse, die Tschechoslowakei, Ungarn und einigermaßen auch Jugoslawien durch russisch besetzte Zonen vom Westen abzuschirmen. Schon 1945 ist es ihr gelungen, Südböhmen durch eine solche Sperrzone, nämlich Oberösterreich bis zur Donau, die ursprünglich von den Amerikanern besetzt

war, gegen Konzessionen in Wien einzutauschen. Niederösterreich sperrt Mähren ab, das Burgenland Ungarn und Jugoslawien. Gerade in der letzten Sitzung des Alliierten Rates in Wien wurde ein Thema behandelt, das die russische Haltung eindeutig zeigt. Zur Debatte stand ein Ansuchen der österreichischen Postverwaltung zum Bau einer Fernschreibverbindung zwischen Wien und Belgrad, die der jugoslawischen Nachrichtenagentur "Tanjug" zugute kommen sollte. Der russische Vertreter konnte die geplante Verbindung verhindern.

Die Staatsvertragsverhandlungen stocken, weil die direkten Verhandlungen zwischen Wien und Moskau stocken. In diesem direkten Gespräch handelt es sich um die Schulden, die Österreich für die russische Hilfe im Jahre 1945 zu bezahlen hat. Russlands Hilfe bestand in der Lieferung von Erbsen und ^{man} verlangt heute dafür 44 Millionen Schilling, obwohl jeder Wiener weiss, dass es sich um minderwertige, zum Grossteil wurmige Ware gehandelt hat. Die Russen haben aber auch in der ersten Nachkriegszeit mit ihren Pionieren eine Reihe von kriegszerstörten Strassen und Brücken wiederhergestellt. Den Wert dieser Leistungen beziffert man mit 110 Millionen Schilling. Auffallend ist, dass die Russen von dieser ^{Hilfe} bisher noch nicht gesprochen haben. Offenbar wollen sie zunächst die Anerkennung der Erbsenschuld erreichen, um dann mit einer neuerlichen Forderung aufzutreten, wodurch sich die Verhandlungen zwischen Wien und Moskau neuerdings monatelang hinausziehen liessen.

Das unentwegte "Njet" Zarubins hat die Eventualität eines westlichen Sondervertrages mit Österreich geboren. Damit wäre allerdings Österreich nicht gedient, denn der Westen würde den Russen ein lang erwartetes Stichwort bringen: Bruch des Potsdamer Abkommens und des Wiener Kontrollabkommens. Damit würde der Vorhang an der Enns fallen: finis Austriae. Die österreichische Regierung hat deshalb jetzt erklärt, dass sie nach wie vor auf dem Abzug aller Besatzungen bestehe und nicht beabsichtige, Verträge mit einzelnen Mächten abzuschliessen.

Die Frauen und das Beamtengesetz

sp. Bei der Diskussion im Bundestag über das Beamtengesetz trat deutlich die Stellung der Regierung zur Gleichberechtigung der Frau

zutage. In Artikel 3, Abs.2 des Grundgesetzes heisst es zwar: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt", in der Praxis ist das aber anders.

Wahl sagt man den Frauen täglich, ihr habt die gleichen Rechte und Chancen, ihr müsst euch nur einsetzen und es ist eure Schuld, wenn

ihr benachteiligt werdet, weil ihr politisch nicht aktiv genug seid. Das klingt sehr gut und bringt auch viele berechnete Einwände der

politisch tätigen Frauen zum Verstummen, weil sie zugeben müssen, dass derweil der grösste Teil der Frauen auch heute noch politisch desin-

teressiert ist. Wenn dem auch so ist, so ist es doch wohl eine selbstverständliche Pflicht, dem Partner die Rechte zu belassen, die man

ihm zugestand, als man ihn brauchte. Es ist glatter Betrug, wenn man später diese Rechte einschränkt. Die Regierungsparteien hätten wohl

kaum Stimmen der Frauen bekommen, die ja nun einmal die meisten Wählerstimmen zu vergeben haben, wenn sie vor den Wahlen so klipp und

klar wie jetzt beim Beamtengesetz gesagt hätten, dass sie gegen die Gleichberechtigung der Frau sind. Im Beamtengesetz heisst es u.a.,

dass der Mann mit 27 Jahren Beamter wird, die Frau dagegen, mag sie noch so intelligent sein und auf noch so verantwortungsvollem Posten

stehen, muss 34 Jahre alt sein, um Beamtin werden zu können. Wenn der Abgeordnete Würmeling (CDU) in der Debatte den Gesetzentwurf mit den

Worten, "die christlichen Frauen haben nicht den Wunsch, als Männer behandelt zu werden", verteidigt, so hoffen wir, dass seine Wählerin-

nen diesen frommen Spruch vernommen haben und ihn auffordern werden, sich deutlicher auszudrücken. Mit Phrasen, die absichtlich am Kern

vorbeigehen, kann man dieses Problem nicht abtun. So viele Frauen haben heute eine Familie zu versorgen, sie haben die gleichen Pflich-

ten wie der Mann, sollen aber in ihren Rechten geschmälert werden mit Phrasen, die seit 80 Jahren zum Repertoire der fortschrittfeindlichen

Politiker gehören. Es ist bedauerlich, dass die Frauen in den Fraktionen der Regierungsparteien sich diese Diskriminierung der Frau,

abgesehen vom beleidigten Prinzip der Rechtsgleichheit, gefallen lassen und man kann darauf gespannt sein, wie sie dies vor ihren Wählerin-

nen vertreten wollen.

Die SPD setzt ihren ganzen Widerstand gegen dieses Gesetz ein und stellte damit wieder unter Beweis, dass sie als einzige Partei wirk-

lich für die Gleichberechtigung der Frau auf jedem Gebiet des sozialen und wirtschaftlichen Lebens eintritt.

M.Sch.

- 0 - 0 -

Verantwortlich: Peter Raunau